

Heizung, Brot & Frieden!

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de



Für den „länger andauernden Fall eines Gasausfalls“ sieht Wirtschaftsminister Robert Habeck „keinen Sinn“ darin, den Heizbedarf der Bevölkerung vorrangig gegenüber der Wirtschaft zu bedienen. Das bedeutet: Frieren für den Wirtschaftskrieg.

Das Ignorieren der Interessen der Bevölkerung und ihrer Versorgung ist planmäßig:

Jährlich 400.000 neue Wohnungen, 100.000 davon Sozialwohnungen, hatte die Ampel in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen. Dafür fehlen jetzt die Mittel. Der Etatentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit für 2023 umfasst Ausgaben von 22,06 Milliarden Euro gegenüber 64,36 Milliarden Euro im letzten Jahr. Eine Kürzung auf ein Drittel!

Dem stehen das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und der sogenannte „Doppelwumms“ inklusive Gaspreisbremse gegenüber. Das sind Kriegskredite, die in

Wir frieren nicht für den (Wirtschafts)krieg! Wir brauchen Verhandlungen und Frieden mit Russland!

Es wird kalt in Deutschland! Die Inflation liegt bei 10 Prozent und wird weiter steigen, Lebensmittel- und Energiepreise explodieren. Die Rettungspakete der Ampel-Regierung dienen in erster Linie den Konzernen, für die Menschen gibt es Almosen. Vor allem die Ärmsten sind von den sozialen Zumutungen der Ampelregierung betroffen. Aber längst haben auch Beschäftigte, deren Einkommen bisher für ein gutes Leben ausreichten, und ihre Familien Angst vor der nächsten Gasrechnung und dem Einkauf.. Viele kleine und mittlere Unternehmen stehen vor dem Aus.

Hauptursache des sozialen Kahlschlags ist der Wirtschaftskrieg gegen Russland. Er hat nichts mit Solidarität mit der Ukraine zu tun. Er verhindert

genau wie die Waffenlieferungen an Kiew ein Ende des Krieges durch Verhandlungen. Er verlängert den Krieg, trifft die Menschen in diesem Land und lässt die Kassen der Konzerne klingeln. An der künstlich herbeigeführten Verknappung von Gas und Öl verdienen die Energiekonzerne: So erwartet RWE für das Gesamtjahr 2022 einen Gewinn vor Steuern von 5 bis 5,5 Milliarden Euro statt wie bisher 3,6 bis 4 Milliarden Euro.

Ist der Russe schuld?

Nicht Russland, sondern die Ampelkoalition hat die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 verhindert – und damit den Bezug von günstigem Gas. Aber jetzt ist es angeblich Russland, das „Gas als Waffe einsetzt“ und einen „hybriden Krieg“ (Baerbock) führt. Nicht „Putin dreht uns den Gashahn zu“, sondern die deutsche Regierung, die einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führt. Um vom russischen Gas unabhängig zu werden, werden weltweit die noch verfügbaren Gasbestände aufgekauft. Das treibt den Gaspreis in die Höhe und trifft die ärmsten Länder. So sieht Baerbocks „wertebasierte Außenpolitik“ aus. Statt eines ökologischen Umbaus setzt man jetzt auf das äußerst umweltschädliche Fracking-Gas, den Ausbau der Flüssiggas-Infrastruktur und den Weiterbetrieb von AKWs.

erster Linie Konzerne entlasten. Zurückzahlen werden ihn – plus Zinsen und Zinseszinsen – die Steuerzahler und über Mehrwert- und andere Verbrauchssteuern auch Erwerbslose und Geringverdiener.

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi hatte bereits das dritte verpuffte Entlastungspaket als „insgesamt beeindruckendes Paket“ bezeichnet, das die Ampel in „einer Zeit historisch beispielloser Herausforderungen“ beschlossen habe. Das geht in die falsche Richtung. Wir brauchen kein ruhiges Hinterland, keine „konzertierte Aktion“, bei der DGB und Kapitalvertreter an einem Tisch sitzen, sondern kämpferische Gewerkschaften, die sich gegen die Angriffe des Kapitals wehren. In den anstehenden Tarifrunden darf es keine Lohnzurückhaltung geben!

Das ist nicht unser Krieg!

Durch Wirtschaftssanktionen und Waffenlieferungen werden keine Menschenleben in der Ukraine gerettet und kein Krieg beendet. Sie dienen dazu, den Krieg der NATO gegen Russland in die Länge zu ziehen. Verhandlungen werden vom „Wertewesten“ verhindert, der Krieg eskaliert. Eine Eskalation, die in letzter Konsequenz in den Atomkrieg führen kann. Das Ziel ist es, die Russische Föderation in ihrer staatlichen Souveränität zu schwächen, ökonomisch zu ruinieren und zu einem billigen Rohstofflieferanten für westliche Konzerne zu machen. Das nennen wir Imperialismus.

**Das ist nicht im Interesse der arbeitenden Menschen!
Das ist nicht unser Krieg!
Keine Waffenlieferungen!
Keine Wirtschafts-sanktionen!
Stopp diesen Krieg!**

Die sozialen Kämpfe lassen sich nicht vom Kampf gegen den gegen Russland geführten Wirtschafts- und Schießkrieg trennen. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung, in der Gewerkschaften, Mieterbewegung, Sozialverbände und Friedensbewegung gemeinsam Druck machen – Druck auf die Bundesregierung und ihren Kriegskurs nach innen und außen!

Die DKP fordert:

- **Löhne hoch – Preise runter!**
- **Gesetzliche Senkung der Energiepreise auf das Niveau von Juni 2021!**
- **Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Energie!**
- **Stoppt den Wirtschaftskrieg – Nord-Stream-Pipelines wiederherstellen und in Betrieb nehmen!**
- **Frieden geht nur mit Russland und China!**
- **Hochrüstung und Waffenlieferungen stoppen – stattdessen Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit, das die Interessen aller berücksichtigt!**
- **Atomwaffen raus aus Deutschland!**
- **Raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!**

Löhne rauf – Preise runter!

Wirtschaftskrieg und Aufrüstung stoppen!

Raus aus der NATO

DKP

unsere-zeit.de

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de